

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300275/4 - Ha

Linz, am 1. Oktober 1987

DVR.0069264

Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz und das Markenschutzgesetz geändert werden (Patent- und Marken-gebühren-Novelle 1987);
 Entwurf - Stellungnahme

An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 Wien

ZL	GESETZENTWURF
	OC - GE/9
Datum:	7. OKT. 1987
Verteilt	8.10.1987 Plenar

A. Uller

In der Beilage werden 25 Mehrabdrucke der h. Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten versandten Gesetzentwurf übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
 Im Auftrag

Dr. Wolfgang Pesendorfer

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
 der Ausfertigung:

Kotz

Am 29.09.2010 um 10:45 von gescanntesOriginal

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf(Präs) - 300275/4 - Ha

Linz, am 1. Oktober 1987

Bundesgesetz, mit dem das Patent-
gesetz und das Markenschutzgesetz
geändert werden (Patent- und Marken-
gebühren-Novelle 1987);
Entwurf - Stellungnahme

DVR.0069264

Zu Zl. 90.250/3-GR/87

An das

Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten

Kohlmarkt 8 - 10
1014 W i e n

Das Amt der o.ö. Landesregierung beeht sich, zu dem im Wege
der Verbindungsstelle der Bundesländer versandten Gesetzent-
wurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Dem Vorblatt und den Erläuterungen zum übermittelten Gesetz-
entwurf ist zu entnehmen, daß durch eine Erhöhung der Ge-
bühren im Patent- und Markenschutzgesetz um ca. 10 % die In-
flationsrate der Jahre 1984 bis 1986 ausgeglichen werden
soll.

Keinesfalls von einer bloßen Abgeltung der Inflationsrate
kann jedoch gesprochen werden, wenn beispielsweise im § 166
Abs. 3 des Patentgesetzes die Jahresgebühr für das sechste
Jahr von S 1.300,-- um ca. 30 % auf ca. S 1.700,-- angehoben
bzw. die Jahresgebühr für Zusatzpatente verdoppelt werden
soll.

- 2 -

Im Interesse der Förderung eines innovationsfreundlichen Klimas ist jedoch eine Erhöhung der Gebühren über die Inflationsrate hinaus abzulehnen.

Besonders in Österreich müßten angesichts der übermächtigen ausländischen Konkurrenz und der internationalen Forschungstätigkeit alle erdenklichen Voraussetzungen für eine kosten-günstige und rasche Erteilung von Patenten geschaffen werden, da Österreich dringend neue Anreize braucht, um im Bereich der Forschung und Entwicklung nicht in das Hintertreffen zu geraten.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. Wolfgang Pesendorfer

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

